

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 21.04.2008

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU	für Ratsherrn Fröhling
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU	bis 17:30 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne
------------------------	-------

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
------------------------	-----

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
---------------------------	----

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
----------------------------	-----

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker
Herr Frank Kusmirtz
Herr Klaus-Peter Welter

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling

CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom
Februar 2008
Vorlage: 068/2008**

Beschluss:

Die Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid wird in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

**3. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Lüdenscheid
Vorlage: 069/2008**

**3.1. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Lüdenscheid / 1. Ergänzung
Vorlage: 069/2008/1**

Beschluss:

Die Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Lüdenscheid wird in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

4. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel des Kulturhauses für die Spielzeit 2008/2009
Vorlage: 090/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im laufenden Haushaltsjahr für den Zeitraum Januar bis Juli 2009 in der Spielzeit 2008/2009 Vertragsabschlüsse für das Veranstaltungsprogramm des Kulturhauses bis zur Höhe von 248.000 € zu tätigen. Der Veranstaltungsetat für die gesamte Spielzeit von August 2008 bis Juli 2009 beläuft sich auf 408.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

5. Bahnhofsgebäude Lüdenscheid-Brügge
Vorlage: 091/2008

Ratsherr Oettinghaus möchte wissen, ob denn der marode Zustand des Gebäudes schon vor der Übernahme der Stadt von der Bahn vor fünf Jahren so schlecht und der Verfall nicht zu stoppen gewesen sei. Stadtkämmerer Blasweiler erläutert, dass selbst eine Stabilisierung oder Weiterentwicklung auf der Grundlage des schlechten Zustands nicht für kleines Geld möglich gewesen sei und Investitionen im sechs- oder gar siebenstelligen Bereich erfordert hätte.

Ratsherr Schwarz schlägt im Verlauf der sich anschließenden Diskussion vor, Sammlerobjekte aus dem Bahnhof vor dem Abriss zu verkaufen. Bürgermeister Dzewas sagt Überprüfung zu, ob das trotz des Pilzbefalls möglich sei. Etwaige Interessenten könnten sich bei der Verwaltung melden.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 091/2008 zur Abstimmung und der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Das Bahnhofsgebäude Lüdenscheid-Brügge soll möglichst kurzfristig abgebrochen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Westfälischen Amt für Denkmalpflege unverzüglich die Zustimmung zum Abbruch des Gebäudes zu erwirken. Parallel dazu sind die Abbruch- und Entsorgungskosten zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

6. Beitritt der Stadt Lüdenscheid zum Städtenetzwerk Innenstadt NRW Vorlage: 077/2008

Beschluss:

Die Stadt Lüdenscheid tritt dem Städtenetzwerk Innenstadt NRW bei.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bahnhof Lüdenscheid - Bestellung von Eisenbahninfrastruktur

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe die Bestellgarantie für die RB 52 (Volmetalbahn) nach Lüdenscheid über die nächsten 20 Jahre erteilt habe.

7.1.2. Mitgliedschaften der Stadt Lüdenscheid

Bürgermeister Dzewas informiert, dass

1. die Mitgliedschaft in der „Gesellschaft der Freunde der Fernuniversität e. V.“ entgegen der im Rahmen des HSK beschlossenen Kündigung beibehalten werden solle. Der Mitgliedsbeitrag betrage jährlich 100 €
2. Die Mitgliedschaft im IPZ – Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e. V – mit Sitz in Bonn, solle neu begründet werden. Das Institut in Bonn berate Kommunen, Schulen, Jugendorganisationen, Bildungseinrichtungen in Praxisfragen der internationalen Zusammenarbeit, Partnerschaftsangelegenheiten und Europaarbeit. Für die Ausrichtung eines Praxisseminars zum Thema „Internationale Begegnungen, Europa und Förderung 2008“ am 29.04.2008 in Lüdenscheid habe die Stadt 3 Freiplätze erhalten. Der Jahresbeitrag betrage 75 €.

7.1.3. NKF-Netzwerk vor Ort: Ein Themenabend für die Politik

Stadtkämmerer Blasweiler verweist auf ein Schreiben zum Thema NKF, welches als Tischvorlage verteilt worden und dem Original der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt ist. Bei Interesse der Fraktionen an einer Teilnahme sollten der Verwaltung die Rückmeldungen spätestens bis Dienstag, den 28.04. vorliegen, da die Berücksichtigung nach Eingang der Anmeldungen erfolge.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

7.3. Anfragen

7.3.1. Sozial- und Familienpass

Die vorliegende schriftliche Anfrage von Ratsherrn Metzger, die der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist, beantwortet Erster Beigeordneter Dr. Schröder gemäß der Stellungnahme des Sozialamtes vom 21.04.2008 wie folgt:

„Zur Anfrage der SPD Ratsfraktion vom 16.04.2008 können zunächst nur die Fragen a), b) und e) wie folgt beantwortet werden. Weitere Fragestellungen müssen noch ermittelt werden (finanzieller Umfang bzw. Einnahmeausfall), oder befinden sich in einem bis heute noch nicht abgeschlossenen Diskussions- und Konzeptionsprozess, in den auch die Politik mit eingebunden werden soll. Eine abschließende Beantwortung ist daher zurzeit noch nicht möglich.

Zu Frage a)

Wie hat sich die Zahl der Sozialpassinhaber in den letzten Jahren entwickelt?

2005	= 127 Sozialpässe
2006	= 153 Sozialpässe
2007	= 221 Sozialpässe
01.01. – 17.04.2008	= 103 Sozialpässe

Zu Frage b)

Welche Ermäßigungen werden in den unterschiedlichen städt. Einrichtungen zurzeit gewährt?

Aufgrund der Beschlüsse der zuständigen Gremien werden bei Vorlage des Sozialpasses zurzeit folgende Vergünstigungen gewährt:

Kulturhaus:	50 % Ermäßigung für Abonnementsvorstellungen (<i>Ausgenommen sind die Vorstellungen des Kinder- und Jugendtheaters, bistro K sowie Sonderveranstaltungen</i>)
Musikschule:	50 % Ermäßigung für Eigenveranstaltungen und Unterrichtsgebühren
Volkshochschule:	25 % Ermäßigung für Einzelveranstaltungen, Veranstaltungsreihen (Kurse), sonstige Veranstaltungen (<i>mit Ausnahme der Exkursionen und Studienfahrten</i>)
	75 % Ermäßigung für Einzelveranstaltungen, Veranstaltungsreihen (Kurse), sonstige Veranstaltungen, wenn das Familieneinkommen nicht höher ist als die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II oder SGB XII (<i>mit Ausnahme der Exkursionen und Studienfahrten</i>)
Stadtbücherei:	100 % Ermäßigung auf die Jahresgebühr

Zu einem Teilbereich der Frage e)

Nach welchen Kriterien wird zurzeit der Sozialpass ausgegeben?

Der Berechtigungsausweis wird ausgestellt an:

Personen und Familien, die geringes Einkommen haben

- Empfänger von Arbeitslosengeld II
- Empfänger von Grundsicherung nach dem SGB XII
- Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII

- Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Personen und Familien deren Einkommen einen Betrag nicht übersteigt, der sich aus einer Sozialhilfeberechnung mit 1,5-fachen Regelsätzen ergibt.“

Ergänzend regt Erster Beigeordneter Dr. Schröder eine Sitzung mit Vertretern aller Fraktionen an, um ein neues Konzept zu diskutieren, zumal ja auch im Bündnis für Familie über die Einführung eines Familienpasses diskutiert werde.

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass eine gründliche sachliche Vorbereitung und Diskussion wünschenswert und sinnvoll sei.

Es besteht Einvernehmen, dass noch bis zu den Sommerferien eine Lösung unter Einbeziehung aller Parteien und der Verwaltung gefunden werden solle, damit diese in die Haushaltsplanberatungen mit einbezogen werden könne. Grundsätzlich bestehe Handlungsbedarf, über den geschaffenen Hilfsfonds für Kinder hinaus zusätzliche Angebote für einkommensschwächere Familien zu schaffen.

Dzewas
Vorsitzender

Ehrt
Schriftführerin